

## Predigten

Thema: Gemeinsam auf Kurs bleiben – Betätigen, Teil 2

Bibeltext: Lukas 20, 20–26

Datum: 09.10.2005, Gottesdienst

Verfasser: Pastor i. R. Hartmut Weyel, Brühl

Impressum: Freie evangelische Gemeinde Essen – Mitte

Hofterbergstraße 32

45127 Essen

Internet : <http://essen-mitte.feg.de>

eMail: [pastor@essen-mitte.feg.de](mailto:pastor@essen-mitte.feg.de)

2005-10-09 Lukas 20, 20–26

Liebe Gemeinde,

man kann in dieser Geschichte mit Händen greifen, welche Absicht die Pharisäer und Herodianer verfolgen. Jedes Kind weiß nämlich, in welchem Verhältnis beide Gruppen zu Jesus stehen: Sie können Jesus nicht ausstehen. Schon mehrmals haben sie versucht, ihn kaltzustellen. Auch die geheuchelten Lobhudeleien ändern nichts daran: Sie wollen Jesus bei einer gefährlichen Antwort erwischen und so außer Gefecht setzen. Entsprechend lautet ihre Frage: *„Ist es uns erlaubt, dem Kaiser Steuern zu zahlen oder nicht?“*

Warum ist diese Frage so gefährlich? Selbstverständlich muss man seine Steuern bezahlen! Wovon soll denn der Staat seine Aufgaben finanzieren?

Aber so einfach ist die Sache nicht. Diese Frage stellte für viele fromme Juden ein brennendes Problem dar: Darf der, der zum Volk Gottes gehört und nur Gott als Herrn anerkennt und nur ihm den Zehnten schuldet, einer fremden, heidnischen Besatzungsmacht, den Römern, Steuern bezahlen?

Es geht dabei nicht um Zinsen, sondern ganz brutal um den Census, den Tribut, der einer Besatzungsmacht zu zahlen ist. Das ist eine Kopfsteuer, die direkt an den Kaiser in Rom geht. Die Statthalter und Vertrauensleute des Kaisers in den Provinzen des Römischen Reichs waren berechtigt, diesen Steuertribut zu erheben und an die kaiserliche Zentralkasse in Rom abzuführen. Dabei machten sie natürlich ihre eigenen Geschäfte, indem sie mehr Steuern als erforderlich eintrieben und in die eigenen Taschen steckten.

Von dem bekannten Quinctilius Varus, der, bevor er als römischer Feldherr 9 n.Chr. die berühmte Schlacht im Teutoburger Wald verlor, Statthalter in Syrien und Palästina war, von diesem Varus wird berichtet: *„Er betrat als armer Mann eine reiche Provinz und verließ als reicher Mann eine arme Provinz.“*

Es ist klar, dass unter diesen Verhältnissen das jüdische Volk die Römer und vor allem diesen Steuertribut bis aufs Blut hasste.

Hinzu kam, dass dieser Census, also diese Kopfsteuer, mit einer bestimmten Münze gezahlt wurde, dem *„Denar“*, einer kleinen Silbermünze im Wert etwa eines Euro. Und auf diesem Denar waren nicht nur harmlose Zahlen eingraviert, sondern für Juden äußerst anstößige Worte und Bilder: Die Vorderseite zeigte das Brustbild des Kaisers Tiberius in olympischer Nacktheit,

geschmückt mit dem Lorbeerkranz, der seine göttliche Würde kennzeichnete. Die Umschrift lautete übersetzt so: „*Kaiser Tiberius, der anbetungswürdige Sohn des anbetungswürdigen Gottes*“ (womit der göttliche Augustus gemeint war). Man kann sich leicht vorstellen, was diese Lästerung in den Augen eines jüdischen Menschen bedeutete.

Die Rückseite des Denars brachte den religiösen Titel des Kaisers zur Kenntnis: „*Pontifex Maximus*“, also Hoherpriester, oberster Priester. Als Bild war die Kaiserinmutter dargestellt, die als Friedensgöttin auf einem Thron sitzt, in den Händen Zepter und Ölweig.

Der Denar war also nicht nur ein Stück neutrales Material, sondern ein Symbol der Macht des römischen Kaisers und ein Symbol seiner Göttlichkeit. Und das wusste der jüdische Mensch. Dafür hatte er ein Gespür. Deshalb war ihm diese Steuermünze ein Gräuel.

Wie das aber bei Menschen so ist, arrangierten sich auch im jüdischen Volk immer mehr Mitmenschen mit den neuen Verhältnissen. Man muss halt seine Geschäfte machen! Hauptsache man hat genügend von den Silbermünzen im Sack!

Andere, Rabbiner, Zeloten, politische und religiöse Revolutionäre kämpften mit Leidenschaft gegen diese sich ausbreitende Laxheit des Volkes und mancher Römerfreunde in der Oberschicht. Im Jahr 6 n.Chr. hatte deswegen ein Mann namens Judas Galiläus einen Aufstand gegen die Römer inszeniert und im Namen Gottes und der Hl. Schrift die Steuerverweigerung gefordert. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. An der Steuerfrage sind nach ihm noch einige erbarmungslos gescheitert.

Das alles ist in Israel bestens bekannt. Das alles wissen die Pharisäer und Herodianer bestens, als sie an Jesus die Steuerfrage stellen. Das alles ist natürlich auch Jesus bekannt. Und der Ausgang des Frage- und Antwortspiels ist auch klar: Bejaht Jesus die Frage, ob es erlaubt ist, dem Kaiser Steuer zu zahlen oder nicht, dann ist er für das Volk erledigt. Denn ein Messias, der mit dem Kaiser paktiert, ist in ihren Augen kein Messias, sondern ein Verräter. Sagt Jesus aber nein, dann ist er für die Römer erledigt. Denn ein Mann, der das Gesetz des Kaisers angreift, ist in ihren Augen ein Aufrührer.

Wie auch immer Jesus antwortet, in beiden Fällen wäre er im Kern seines Auftrags als Mittler und Erlöser getroffen und unwirksam gemacht worden. Die Frage der Gegner geht also an den Nerv des Heilswerks von Jesus. Das ist klar. Wie soll er antworten?

2005-10-09 Lukas 20, 20–26

Jesus flüchtet sich nicht in irgendwelche fromme Ausreden, sondern stellt die Fragesteller mit einer unglaublichen und tiefgründigen Antwort mitten in die Realität ihres eigenen Alltags: Da ihr solche Münzen in der Tasche habt und damit umgeht und Profit macht, deshalb *„gebt dem Kaiser zurück, was dem Kaiser gehört und Gott, was Gott gehört.“*

Jetzt könnte man natürlich fragen: Gehört Gott nicht alles? Gehört ihm nicht auch das, was dem Kaiser gehört? Gehört ihm nicht alles, was wir haben? Und nicht nur, was wir **haben**, sondern auch was wir **sind**, wir selbst?

Klar, das ist so. Gott gehört alles! Aber Jesus sagt, dass wir von dem allen, was Gott gehört, **den** Anteil dem Staat zurückgeben sollen, was dem Staat gehört – und zwar **was ihm von Gott aus zusteht!** Nicht mehr nicht weniger. Das könnte man folgerichtig erweitern: Also

- gebt der Gesellschaft zurück, was der Gesellschaft zusteht!
- Gebt den Parteien, was ihnen zusteht, damit sie bei der politischen Willensbildung mitwirken können!
- Gebt Greenpeace zurück, was Greenpeace zusteht!
- Gebt Amnesty International zurück, was den zu Unrecht Inhaftierten und Gefolterten zusteht!
- Gebt den Kindern und den Familien und den Alten zurück, was ihnen zusteht!

Und:

- Gebt der Gemeinde zurück, was der Gemeinde zusteht, unseren Beitrag, unsere Spenden, unsere Mitarbeit!
- Gebt der Mission zurück, was der Mission zusteht!
- Gebt den Diakonischen Werken zurück, was der Diakonie zusteht!

usw. usw.

Und genau da sind wir mitten drin im Thema des heutigen Gottesdienstes.

Jetzt könnten einige einwerfen: Ja, schön und gut, der Gemeinde gebe ich meinen Teil, aber dem Staat gebe ich nichts zurück, weil der unser gutes Steuergeld verplempert und Gesetze macht, die mir nicht schmecken. Den Parteien lass ich keinen Cent zukommen, weil die nur

Sprechblasen loslassen, aber nichts Vernünftiges zu Wege bringen. UNICEF oder Greenpeace oder in die Dritte Welt gebe ich nichts, weil ich Zweifel habe, ob das Geld bei den Richtigen ankommt.

Was sagt Jesus? „*Gebt dem Kaiser zurück, was dem Kaiser zusteht!*“ Das sagt Jesus, obwohl der Staat damals im Vergleich zu heute kaum ein Rechtsstaat war, keine Demokratie, eher eine gotteslästerliche Diktatur.

Trotzdem fordert Jesus auf: „*Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser zusteht!*“ Und Paulus ermahnt die Christen in Römer 13, der Obrigkeit den schuldigen Gehorsam zu leisten, denn „*sie steht im Dienst Gottes*“ (V. 4).

Es besteht also nach der Bibel kein Zweifel daran, dass Christen aufgefordert sind, sich trotz des baldigen Wiederkommens von Jesus und trotz aller Kritik am Staat nicht von Staat und Gesellschaft zu distanzieren, sondern dem Staat und der Gesellschaft das zurückzugeben, was diese aufwenden sollen, damit alle Menschen in Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit und sozialer Ordnung leben können. Der Christ, der den Staat seinem Schicksal überlässt und sich nicht verantwortlich zeigt, enthält dem Staat vor, was ihm nach Gottes Willen zukommt.

Denn Staat und staatliche Herrschaft sind nicht aus sich heraus geworden, sie sind kein Naturereignis, sondern sie sind eine Art ‚Notordnung‘, die Gott für eine gefallene Menschheit eingerichtet hat, damit nicht alles den Bach runter geht und das Faustrecht herrscht. Dahinter steht letztlich – und das ist das Entscheidende –, dass Gott **die Welt erhalten will**, damit noch viele Menschen sein Heil finden und sich am Leben freuen können. In diesem Sinn steht die staatliche Macht im Dienst Gottes.

Wenn Jesus seinen Jüngern zugesprochen hat, dass sie Salz der Erde und Licht der Welt sind, dann hat er damit sowohl die missionarische **als auch die politische** Aufgabe seiner Jünger benannt. Denn Salz hat erhaltende, konservierende Bedeutung. Gott will also, dass die Welt erhalten bleibt und nicht im Chaos oder in Kriegen versinkt, damit noch möglichst viele Menschen Gott kennen lernen und durch Jesus Christus gerettet werden. Allein das ist schon Grund genug, sich für den Erhalt guter staatlicher Ordnung einzusetzen, damit das Evangelium frei laufen kann und freie Gemeinden im freien Staat leben und wirken können. „*Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser zusteht*“ kann natürlich nicht bedeuten unkritisch gegenüber Regierung und Parteien und Gesellschaft zu sein (auch nicht unkritisch gegenüber Gemeinde, Diakonie oder Mission, denen ich

2005-10-09 Lukas 20, 20–26

mein Geld und meine Gaben zuwende). Wenn Jesus sagt: „*Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser zusteht, und gebt Gott, was Gott gehört*“, dann hat er damit ein kritisches Prinzip geschaffen, das den Staat relativiert. Wenn der Staat nicht mehr das tut, was er nach Gottes Willen tun soll, nämlich **das Gute belobigen und das Böse bestrafen**, dann endet an dieser Stelle der Gehorsam des Christen. Wenn der Staat verlangt, was ihm **nicht** zusteht, wenn er nach eigenem Gusto entscheidet, was gut und was böse ist, dann muss der Christ Widerstand leisten. Dann muss er Gott mehr gehorchen als Menschen.

Wir können dem Staat nicht geben, was Gott gehört. So sehr Christen den Staat bejahen, sind sie dennoch gehalten, ihn vom Reich Gottes her zu sehen, das mit Jesus Christus schon angebrochen ist. Und das bedeutet, dass jede menschliche Herrschaft - also auch der Staat - relativiert und begrenzt ist. Er ist nicht göttlich und nicht das Eigentliche, sondern gehört zu dem Vorläufigen und Vergänglichen. Er ist eben nur Notordnung.

Deshalb können Christen und Gemeinden nicht ihren Glauben, ihr Gewissen, ihre aus dem Evangelium gewonnene Ethik und Moral, ihre Glaubensfreiheit, ihre Gewaltlosigkeit in der Nachfolge Jesu, ihre Liebe zum Nächsten und ihre Parteinahme für die Schwachen und Notleidenden dem Staat opfern.

Aber da, wo und so lange der Staat mit allen Fehlern, die er auch macht, als Notordnung und Dienerin Gottes fungiert, haben wir ihm zu geben, was ihm gehört. Die Bibel bezeichnet diesen Dienst als „diakonia“.

Zu dieser biblischen Diakonia gehört zuerst, den Menschen das **Evangelium von Jesus Christus weiterzusagen**. Das ist der größte und wichtigste Dienst, den wir als Christen und Gemeinde für Staat und Gesellschaft zu tun haben. Dann ist biblische Diakonie auch der **soziale Dienst** am Mitmenschen im Sinne tätiger Nächstenliebe. Zum dritten ist biblische Diakonie auch **politische Diakonie**, also sich für das Wohl der Stadt und des Landes einzusetzen, in dem man wohnt (siehe Jeremia 29).

Natürlich stellt sich dabei die Frage, wo die Grenze unseres politischen Engagements liegt, und welche Mittel für Christen z.B. in der Ausübung politischer Ämter ausgeschlossen sind. Wenn der Christ etwa nicht Soldat sein kann, darf er dann Polizist oder Richter oder Parlamentarier sein? Wenn nicht Verteidigungsminister, dann doch Justizminister? Wenn das Reich Gottes die Relativierung staatlicher Macht bedeutet, wo und ab wann ist dann ein Rückzug von Christen

aus der politischen Mitwirkung geboten, weil staatliche Macht immer auf der Androhung und Ausübung von Gewalt basiert?

Das sind schwierige Fragen, vor deren Beantwortung wir aber nicht kneifen dürfen, wenn wir dem Kaiser geben sollen, was ihm zusteht **und vor allem Gott, was Gott gehört**. Wenn wir das tun, werden Grenzen sichtbar.

Das Beste allerdings, was wir dem Staat geben können und was ihm nach Gottes Willen zusteht, ist die Existenz vieler lebendiger Gemeinden der Glaubenden. Denn das ist erwiesen: Christen leben im Durchschnitt gesünder und belasten deshalb weniger die Krankenkassen, sie missbrauchen weniger die sozialen Systeme, sie zahlen ehrlicher ihre Steuern, sie werden weniger kriminell, sie betrügen weniger die Versicherungen, sie zeigen ein höheres Arbeitsethos, sie haben mehr Kinder und erleben weniger Ehescheidungen. Das sind Fakten! (Ein Beleg dafür sind u.a. die günstigeren Versicherungsprämien, die z.B. die „Bruderhilfe“ anbieten kann.)

Lebendige Gemeinden von Glaubenden sind das Beste zum Wohl des Landes! Aber nur dann, wenn sie auch politische Diakonie leben, indem sie dem Kaiser geben, was dem Kaiser zusteht und Gott, was Gott gehört.

Wir Christen und Gemeinden haben z.Zt. wieder ziemlich große Chancen gehört zu werden. Denn wenn man große Tageszeitungen aufschlägt und bekannte Wochenmagazine durchblättert, kann man entdecken, dass die Fragen nach Glauben, Werten und Lebenszielen wieder mehr in den Vordergrund gerückt sind, weil man inzwischen den Verlust spürt, den die Entfremdung von Glauben und Christsein gebracht hat. Deshalb:

„Gebt allen, was ihr ihnen schuldig seid, sei es Steuer oder Zoll, sei es Furcht oder Ehre. Bleibt niemand etwas schuldig, nur die Liebe schuldet ihr einander immer.“ So endet bei Paulus das Kapitel über den Christen und die staatliche Ordnung in Römer 13. Da haben wir noch viel zu tun. Packen wir es an!

Amen.